

Phantasie in der Wirtschaftsförderung

Am 27. Februar 1984 hat die Bündner Regierung einen Bericht über die Entvölkerung des Berggebietes als Botschaft an den Grossen Rat veröffentlicht. Der Bericht wurde durch zwei Postulate ausgelöst, die eine Analyse der innerkantonalen Bevölkerungsverschiebungen verlangten. Ebenfalls sollten Vorschläge für Massnahmen zur Erhaltung der Siedlungsstruktur und der Funktionsfähigkeit der Gemeinden, der wirtschaftlichen Erstarbung der Regionen und der Förderung von Arbeitsplätzen untersucht werden. Die folgenden Ausführungen sind nicht als Kritik, sondern als Anregung für eine phantasievolle, flexible Wirtschaftsförderung zu verstehen. Dabei können nicht alle interessierenden Punkte aufgegriffen werden.

11.09.84

Die Analyse zeigt in erschreckender Weise den massiven Bevölkerungsverlust der kleinen, abgelegenen Randgemeinden im Bündnerland. Als wichtigste Ursache werden die fehlenden Arbeitsplätze

Von Dr. R. Meier (Schweiz. Arbeitsgemeinschaft für die Bergbevölkerung)

angegeben, was sicher zutrifft. Allenfalls kommt die Bedeutung des mangelnden Wohnungsangebotes in den Randgebieten etwas zu kurz. Zusätzliche Wohnungen und Pendelwanderungen in die regionalen Zentren dürften den Erosionsprozess in den Randgemeinden am ehesten stoppen.

Infrastrukturanlagen fördern und nutzen

In Zukunft sollte im Verkehr vermehrt das Schwergewicht auf die innerregionalen Verbindungsstrassen gelegt werden. Positive Effekte auf den Arbeitsmarkt und die Wohnattraktivität sind ohne Abwanderungseffekte zu erwarten. Die im Bericht angesprochenen Mehrleistungen an die Unterhaltskosten sind ausserordentlich zu begrüssen.

Es ist dringend zu fordern, dass im Bereich des öffentlichen Verkehrs vermehrt Experimente (Stichworte: Ruf-Busse, Abendkurse) durchgeführt werden. Bei den hohen Defiziten in diesem Bereich ist es unverständlich, dass die öffentlichen Verkehrsträger dazu nicht mehr Mut aufbringen. Eine bessere Koordination der Schul-, Arbeits- und Touristikurse ist anzustreben und auf die Bedürfnisse der Hausfrauen und Rentner auszurichten. In der Startphase vermehrter Experimente sollten die Gemeinden nicht zusätzlich belastet werden.

Im Rahmen der Bildungspolitik stellt sich die Frage, wie die Kapazitäten der Lehrerschaft für die Ziele der Entwicklungspolitik vermehrt fruchtbar gemacht werden könnten. Als Beispiele seien genannt: Teilzeitarbeit auf der Gemeindeverwaltung, Vereinswesen, Mithilfe im Verkehrsverein, Zeitungsberichterstattung usw. In dieser Hinsicht könnte der Kanton einige positive Beispiele und Möglichkeiten aufzeigen. Vorläufig sollte von entsprechenden zwingenden Verpflichtungen Abstand genommen werden. Bei Schulhausbauten sind die Mehrfachnutzungen noch gezielter zu fördern: Zivilschutz, Militärunterkünfte, Ferienlager, Vereinslokale, Gemeindeverwaltung usw.

Forstwirtschaft mit grossem Potential

Die angestrebte Förderung der Forstwirtschaft ist voll zu unterstützen. Leider fehlen griffige Massnahmen. In diesem Bereich könnte der Kanton vermehrt in die Offensive gehen.

Ausbildung - Weiterbildung: Die Ausbildungsmöglichkeiten in der Forst- und Holzverwertung sollten propagiert und

verbessert werden. Insbesondere ist durch eine gezielte Stipendienpolitik die Weiterbildung an den in- und ausländischen Techniken (u.a. Biel, Stuttgart) zu fördern. Allenfalls sollten der Kanton oder private Organisationen vermehrt Weiterbildungskurse systematisch organisieren und anbieten. Denkbar ist ein Zentrum für Holz. Im Sinne der Dezentralisierung von Bundesarbeitsplätzen könnten allenfalls auch Mittel der Eidgenossenschaft geltend gemacht werden. Die geografische Lage der Eidgenossenschaft für das forstliche Versuchswesen in Birmensdorf ist auf jeden Fall nicht unbedingt im Sinne einer dezentralisierten Regionalpolitik.

Beratung: Bestehende Holzverwertungsbetriebe sollten durch kompetente Fachleute intensiver beraten werden. Deren Leistungen könnten über private Organisationen vermittelt werden. Eventuell übernimmt der Kanton an die Beratungsleistungen einen bestimmten Kostenanteil. Eine weitergehende Lösung würde die Anstellung eines Beraters für Holzverwertungsfragen darstellen. Dadurch könnten in den Betrieben neue Erkenntnisse fruchtbar gemacht werden. Ebenfalls wären der anwendungsorientierten Forschung zusätzliche Impulse zu vermitteln.

Holz-Energieproduktion: Dieser Bereich wird nicht angesprochen. In Zukunft dürfte er eine recht grosse Bedeutung erhalten. Zu fördern wären Holzverbrennungsanlagen im kleineren und grösseren Stil. Allenfalls wären ebenfalls geeignete Unterstützungen vorzusehen. Holz minderer Qualität, welches kaum als Brennholz verwertet werden kann, könnte zu Holzkohle verarbeitet werden (grosse Importabhängigkeit).

Industrie und Handwerk

Der Kanton Graubünden verfügt über 7000 Industriebeschäftigte und rund 100 Industriebetriebe. Ohne eine Strukturhaltungspolitik zu betreiben, sollte die Beschäftigungszahl erhalten, allenfalls sogar erhöht werden. Als Probleme der Industriebetriebe werden die drei Faktoren Steuern, administrative Belastung und Kapital erwähnt. Ohne Zweifel haben diese Komponenten eine gewisse Bedeutung, und Verbesserungen in dieser Hinsicht sind mehr als erwünscht. Untersuchungen zur Industriepolitik und praktische Erfahrungen zeigen zudem, dass folgende Faktoren ebenso, ja sogar noch wichtiger sind:

- *Industrie-/Gewerbeland und Gebäudepolitik:* Sowohl für ansässige als auch neue Betriebe ist die mangelnde Verfügbarkeit von Land ein zentraler Engpass. Geeignete Parzellen sollten voll erschlossen und sofort verfügbar sein. Für die kommende Entwicklung ist diesem Problem in allen Regionen die grösste Beachtung zu schenken. Dabei ist die kantonale Politik vor allem auf die regionalen Zentren zu konzentrieren. Gewisse Pendelzeiten können akzeptiert werden. Ein Industrielandkataster alleine ist unzureichend. Die fraglichen Flächen müssten dauernd «bewirtschaftet» werden und von einer Stelle sofort angeboten werden können.

- *Information - Beratung:* Diese Aspekte sind vor allem für ansiedlungswillige Betriebe von zentraler Bedeutung, da bei einem Standortentscheid etwa zur Hälfte irrationale Faktoren den Ausschlag geben. Allfällige objektive Nachteile können kompensiert werden. Der Kanton Graubünden sollte darauf achten, dass jährlich zwei bis drei neue Betriebe angesiedelt werden können. Die Chancen dazu stehen nicht so schlecht, wie dies von Theoretikern fälschlicherweise immer wieder dargestellt wird. Für eine aktive Ansiedlungspolitik ist allerdings ein klarer politischer Wille von grösster Bedeutung. Die Arbeiten einer Wirtschaftskommission können in diesem Sinne unterstützend wirken.

- *Arbeitsmarktpolitik:* Die Arbeitsmarktpolitik ist vielmals im Rahmen der Industriepolitik zu wenig koordiniert. Sie führt ein gewisses Eigenleben. Es ist darauf zu achten, dass etwa die Bewilligungen für Ausländer auf eine strukturfördernde Industriepolitik ausgerichtet werden. Ebenfalls ist die Stipendienpolitik zu überprüfen. In Zukunft erhalten die Angebote für Weiterbildung eine grössere Bedeutung. Entsprechende Massnahmen auf privater und/oder kantonaler Ebene sind einzuleiten. Insbeson-

dere ist darauf zu achten, dass von ausserkantonalen Angeboten Gebrauch gemacht werden kann. Der Kontakt unter dem mittleren und höheren Betriebskader ist - etwa durch Erfa-Gruppen - zu verbessern.

- *Innovationsberater:* Die rasante technische Entwicklung der vergangenen Jahre und in Zukunft bereitet den kleinen und mittleren Betrieben grosse Probleme. Aufgrund fehlender Forschungsstellen und Stäbe haben sie wenig Möglichkeiten, die für sie geeigneten Informationen auszuwerten. Untersuchungen und Erfahrungen zeigten, dass kleinere und mittlere Betriebe aufgrund des Zeitmangels auch weniger anspruchsvolle Probleme nur in Grenzen angehen können. Es fehlt die notwendige Marktübersicht. Als Lösungsansatz könnte die Schaffung einer Innovationsstelle auf kantonaler Ebene einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung der kleinen und mittleren Betriebe leisten. Dabei hätte ein Innovationsberater folgende Aufgaben: Vermittlung der Kontakte zu den Techniken und Hochschulen, Anregung von neuen Forschungs- und Entwicklungsprojekten, Vermittlung von eidgenössischen und kantonalen Förderungsmitteln, Vermittlung von Patenten und Prototypen, die für die Serienproduktion reif sind, Verbesserung der zwischenbetrieblichen Zusammenarbeit, Intensivierung der Kontakte zwischen den Betrieben (sogenannte Erfa-Gruppen) usw. Ein Innovationsberater hätte nicht ein Universalgenie zu sein. Vielmehr besteht seine wichtigste Aufgabe darin, Marktübersicht zu verschaffen und geeignete Informationen zu vermitteln. In seiner Person könnte er Entwicklungen und Forschungen nicht selbständig vornehmen. Eine Zusammenarbeit mit dem kantonalen Gewerbeverband und der Handelskammer wäre in jedem Fall anzustreben.

In diesem Kapitel werden im Bericht wichtige Hinweise zur kommunalen Bodenpolitik gemacht. Es ist zu hoffen, dass der Kanton die entsprechenden Anstrengungen positiv unterstützen wird. Zusätzliche Überlegungen wären zur administrativen Entlastung der kleineren Gemeinden nützlich. Allerdings müsste in jedem Fall eine Zentralisierung der Gemeindearbeiten auf überregionaler Ebene verhindert werden. Für die Teilzeitarbeit für die Gemeinde ist eine bessere Entschädigung zu fordern.